

Bern, 18. Januar 2023



STADTENTWICKLUNG UND WACHSTUM AUS SOZIALDEMOKRATISCHER PERSPEKTIVE

MONTAG, 30. JANUAR 2023, 19.00 – 21.15 UHR
HOTEL BERN, ZEUGHAUSGASSE 9

Traktanden (Protokoll: SP Bümpliz-Bethlehem)

- 19.00 1. Begrüssung der Anwesenden durch das Co-Präsidium der SP Stadt Bern
- 19.10 2. Protokoll der DV vom 24. Oktober 2022 (**Beilage**)
- 19.15 3. Budget 2023 der SP Stadt Bern (**Beilage**)
- 19.25 4. Parolenfassung städtische Abstimmungsvorlagen vom 12. März 2023:
(separate Beilage)
- Viererfeld/Mittelfeld: Verpflichtungskredite für Infrastruktur und Entwicklung
 - Gesamtsanierung Nydeggbücke: Ausführungskredit
 - Sanierung Freibad Wyler: Baukredit
- 19.55 **5. Stadtwachstum – Fluch oder Segen?**
- a) Inputreferat I: Was bedeutet Stadtwachstum bzgl. öffentlicher Raum und Verkehr?
Marieke Kruit, Gemeinderätin, Direktorin Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)
- b) Inputreferat III: Was bedeutet Stadtwachstum für Schulen, Sportanlagen und weitere städtische Infrastrukturen?
Kristina Bussmann, Leiterin Immobilien Stadt Bern (ISB)
- c) Inputreferat II: Was bedeutet Stadtwachstum für die Finanzen?
Michael Aebersold, Gemeinderat, Direktor Finanzen, Personal und Informatik (FPI)
- 20.25 d) Podiumsdiskussion
- **Michael Aebersold**, Gemeinderat
 - **Marieke Kruit**, Gemeinderätin
 - **Ingrid Kissling**, Stadträtin
 - **Johannes Wartenweiler**, Stadtrat
- 21.00 6. Verschiedenes

Solidarisch,

Eva Schmid
Parteisekretärin



Protokoll der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern

«Fokus Versorgungssicherheit: Was wir auf politischer Ebene tun können»

Montag, 24. Oktober 2022, 19.00 – 21.30 Uhr
Hotel Bern, Zeughausgasse 9

Vorsitz: Lena Allenspach und Meret Schindler, Co-Präsidentinnen.

1. Begrüssung der Anwesenden durch das Co-Präsidium der SP Stadt Bern

Co-Präsidentin Meret Schindler begrüsst die zahlreichenden Anwesend. Sie zeigt sich beunruhigt über den bewegten Herbst mit Krieg, Inflation usw.; denn vieles betrifft vor allem jene, denen es bereits nicht so gut geht. Die Inflation zeigt sich vor allem bei Menschen, die sonst schon zu wenig haben.

Es gab 4 Rücktritte aus dem Stadtrat und damit aus der SP/JUSO-Fraktion: Nicole Cornu, Ayse Turgul, Alina Murano und Mohamed Abdirahim (JUSO). Leider ist heute keine/r von ihnen anwesend zur Verabschiedung und Verdankung ihrer Leistungen. Nachgerutscht in den Stadtrat sind Dominic Nellen, Lukas Wegmüller, Sofia Fisch (JUSO) und Chandru Somasundaram. Sie beglückwünscht die neuen Stadträt:innen und wünscht ihnen viel Erfolg im neuen Amt.

Eine wichtige Errungenschaft ist das neue Personalreglement der Stadt Bern, das Rot-Grün gegen den Widerstand der Bürgerlichen durchgebracht hat. Allerdings dürfte es dazu noch eine Referendumsabstimmung geben. Mit dieser Revision konnten wir zeigen, wie ein zeitgemässer Arbeitgeber aussehen sollte: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, u. a. dank Vorgeburtsurlaub und echtem Elternurlaub, Anspruch auf Teuerungsausgleich usw. Es ist schon merkwürdig, dass sich Bürgerliche darüber ärgern, dass wir die Kaufkraft erhalten wollen. Es wird also eine politisch spannende Zeit mit vielen kommunalen Abstimmungen auf uns zukommen: städtisches Budget, Velostation Welle 7 und Personalreglement. Es wird uns alle brauchen bei diesen Abstimmungskämpfen.

Co-Präsidentin Lena Allenspach entschuldigt Parteisekretärin Eva Schmid, die krankheitshalber abwesend ist und informiert, dass das heutige Protokoll durch die SP Bern Ost verfasst wird und die Präsenzliste der Anwesenden bereits beim Eingang erfasst wurde.

Als Stimmzähler:innen werden vorgeschlagen und einstimmig gewählt:

Dominik Fitze, Beat Zobrist, Nadine Aebischer, Mehmet Oezdemir, Szabolcs Mihalyi.

2. Protokoll der DV vom 29. August 2022

Das Protokoll der DV vom 29. August 2022 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Das Gender-Watch-Protokoll konnte aus technischen Gründen nicht erstellt werden. Der Fehler auf der öffentlichen Plattform ist nach wie vor nicht behoben, sodass auch heute keine Gender-Watch-Protokoll erstellt werden kann.

3. Parolenfassung städtische Abstimmungsvorlagen vom 27. November 2022

3.1 Einbau und Betrieb Velostation Welle 7: Verpflichtungskredite (fakultatives Referendum)

Stadträtin Barbara Nyffeler erläutert die Vorlage. Sie kommt vors Volk, weil die Bürgerlichen das Referendum ergriffen haben. Sie verweist auf die Abstimmungsbotschaft und erwähnt zusätzlich die wichtigsten Punkte:

- Am Hauptbahnhof gibt es rund 4500 Veloabstellplätze, davon rund 2000 kostenpflichtige in den 4 Velostationen. Die offenen Abstellflächen sind notorisch überlastet, was zu Konflikten vor allem mit Fussgänger:innen führt. Demnächst muss die riesige Abstellfläche beim Hirschengraben der ZBB-Baustelle weichen – es besteht also dringender Handlungsbedarf. Es ergab sich die Gelegenheit, dafür ein Angebot der Migros in der Welle 7 zu nutzen. Für die Dauer des Mietvertrags der Migros mit Postfinance kann dort eine mehrstöckige Velostation für 660 Velos eingerichtet werden. Der Zugang erfolgt vom Milchgässli

und von der Welle her. Der Betrieb würde durch das Kompetenzzentrum Arbeit betreut. Die Stadt erwartet, dass die Untermiete später von der Postfinance im direkten Mietverhältnis weitergeführt werden kann.

- Der Kreditbeschluss umfasst die Miete bis 2025 sowie gewisse Erschliessungs- und Ausbaurkosten.
- Es soll ein neues Bewirtschaftungssystem erprobt werden: Die ersten 24 Stunden sind gratis, danach wird eine Gebühr fällig. Im Gegenzug soll die Abstellzeit auf den offenen Abstellflächen rund um die Velostation auf 3 Tage beschränkt werden. Das soll dann auch kontrolliert werden.
- Alternativen sind nicht in Sicht: Das Projekt der unterirdischen Hirschengrabenvelostation wird aufgegeben - Denkmalschutz und Archäologie waren dagegen. Sie wäre auch viel zu teuer gewesen.
- Die Bürgerlichen sagen, es handle sich um ein Luxusprojekt: Sie verlangen wie bei den Autoparkplätzen eine Kostenpflicht ab der ersten Minute. Auch wird vorgetragen, andere Velostationen seien gar nicht ausgelastet.
- Das Geschäft wurde im Stadtrat mit 59 Ja zu 12 Nein ganz klar angenommen.
- Sie empfiehlt der DV die Ja-Parole.

Einige Diskussionen

Georg Schärer weist darauf hin, dass die Miete mit 300 CHF pro m² teuer sein und jener einer Büroflächenmiete entspreche. Er stimme mangels Alternativen trotzdem ja.

Gemeinderätin Marieke Kruit erklärt, man wolle bei der Bewirtschaftung ein Modell aus den Niederlanden ausprobieren. Städtische Bahnhöfe hätten bekanntlich überall die gleichen Probleme. Es handle sich um einen Pilotversuch. Eigentlich bräuchte die Stadt ca. 10 000 Veloabstellplätze um den Bahnhof. Es habe gegen das Projekt Velostation Welle 7 eine Einsprache gegeben, die aber bereinigt und somit vom Tisch sei.

Die Delegierten der SP Stadt Bern beschliessen einstimmig die Ja-Parole.

Co-Präsidentin Meret Schindler weist darauf hin, dass sich ein Pro-Komitee unter dem Lead der SP formiert hat und nebst anderen Kampagneninstrumente Flyer und Plakate produziert werden. Sie glaube nicht an einen Erfolg des Referendums, weil sehr viele Menschen mit dem Velo zum Bahnhof fahren.

3.2 Budget 2023 der Stadt Bern

Stadtrat Johannes Wartenweiler erläutert die Vorlage und verweist auf die detaillierten Zahlen im Abstimmungsbüchlein.

- Es geht um den Gesamthaushalt, der wiederum aus dem allgemeinen Haushalt und Sonderrechnungen besteht (Fonds, Tierpark, Siedlungsentwässerung, Entsorgung&Recycling). Die Sonderrechnungen machen einen beachtlichen Überschuss.
- Das Defizit im allgemeinen Haushalt beträgt 35 Mio. Es geht um eine Prognose und eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt der Budgetierung. Vieles ist unsicher und verlangt Annahmen – so etwa bei den Steuereinnahmen. Diese Unsicherheit geben immer zu Polemiken Anlass. Die Bürgerlichen finden das Budget alarmierend, er findet, die Situation sei nicht so schlimm.
- Der Gemeinderat hatte ein Defizit von 28 Mio. Defizit vor den Beratungen im Stadtrat vorgesehen. Er hatte die politische Grosswetterlage und die diversen Unsicherheiten einkalkuliert. Die schwierige Finanzlage äussert sich in Sparmassnahmen. Das Ziel wären eigentlich Überschüsse im allgemeinen Haushalt, damit die ausserordentlich hohen Investitionen ohne grosse Mehrverschuldung finanziert werden können. Im Moment ist das nicht möglich.
- Im Stadtrat ist die SP/JUSO-Fraktion den Anträgen des Gemeinderates weitgehend gefolgt mit kleinen Korrekturen: beim Haus der Religionen; zusätzliche Mittel wurden eingestellt für den Teuerungsausgleich. Das erklärt im Wesentlichen die Differenz zwischen den Budgets von Gemeinderat und Stadtrat. Wir haben im neuen Personalreglement festgehalten, dass der automatische Teuerungsausgleich stattfinden soll. Wir müssen heute wieder lernen, mit einer Teuerung zu leben, wie dies in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Fazit: Wir müssen die Budgetabstimmung gewinnen, damit nächstes Jahr auch ein Ja zum Personalreglement erwartet werden darf. Der Teuerungsausgleich wird wohl auch dann das Hauptthema sein.

- Allen ist bewusst, dass die Stadt zurzeit gewaltige Investitionen stemmen muss, die auch bei den Bürgerlichen kaum umstritten sind: Schulhäuser, Bäder, Tiefbauten usw. Dafür braucht es eine gewisse Neuverschuldung. Das grosse Risiko dabei sind die steigenden Zinsen. Wir sollten unbedingt vermeiden, dass die Stadt Vermögenswerte zur Schuldentilgung verkaufen muss. Das Defizit ist nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion zu verantworten: Er schlägt Ja-Parole vor..

Einige Diskussionen

Sabine Schärre findet, es sei ein Fehler, dass in der BSS 4 Mio. im Bereich Familie und Quartier eingespart werden. Sie fragt sich, ob der Teuerungsausgleich auch bei den Institutionen stattfindet, die mit der Stadt Leistungsverträge abgeschlossen haben. Dort gibt es auch Angestellte.

Co-Präsidentin Lena Allenspach weist darauf hin, dass es bei den Leistungsverträgen eine Klausel gibt, die auf die Anstellungsbedingungen der Stadt verweist.

Michel Berger meint, dass das wie beim Kanton im Budget nicht eingestellt wird. Die Teuerung müsste dann in den Leistungsverträgen ausgehandelt werden, das ist tatsächlich ein Problem.

Gemeinderat Michael Aebersold antwortet Sabine Schärre, dass die BSS Mehrausgaben budgetiert hat, z. B. für das Wachstum der Schüler:innenausgaben (kantonaler Lastenausgleich). Es gilt, dass die Stadt bezahlen muss, was ihr über den Lastenausgleich in Rechnung gestellt wird. Budget hin oder her. Er dankt der Fraktion – sie hat die finanzpolitische Verantwortung wahrgenommen, hat Präsenz markiert und die Debatte geprägt. Die 1.4 Mrd. Investitionen («Elefantenbuckel») die anstehen, sind leider alternativlos. 640 Mio. für Schulhaussanierungen und neue Schulhäuser sind eigentlich Altlasten aus früheren Sparprogrammen, auch bei den Bädern tätigen wir die Investitionen für die nächsten 40 Jahre. Deshalb ist eine begrenzte Neuverschuldung verantwortbar. Aber man kann nicht noch viele neue Ausgaben beschliessen.

Die beiden Sparpakete sind in Umsetzung; da gibt es noch Unsicherheiten (Parkgebühren, Feuerwehersatzabgabe). Die Steuereinnahmen haben wir nach oben korrigiert, allerdings ist das keine exakte Wissenschaft und niemand kann es genau vorhersagen. Der Druck auf die Stadtfinanzen bleibt hoch.

Peter Vollmer wundert sich über die Haltung der SP-Fraktion in der Frage der Erhöhung der Parkkartengebühren.

Stadtrat Johannes Wartenweiler steht voll dazu, dass man nicht den höchsten Betrag gewählt hat. Es ist in dieser Inflationsphase ein falsches Zeichen, noch mehr aufzuschlagen. Verdoppelung und die Verstärkung der Lenkungswirkung sind richtig. Aber die SP muss auch auf die normalen Leute Rücksicht nehmen. Er wollte nicht, dass die Stadt Bern bei den Parkplatzgebühren die teuerste Stadt der Schweiz wird.

Gemeinderätin Marieke Kruit ergänzt, dass es auch das Risiko in der Volksabstimmung zu berücksichtigen gilt. Bei einem Nein hätten wir einen riesigen Scherbenhaufen. Der Preisüberwacher hat die Preiserhöhung ja schon gerügt. Sie hofft, dass die Stimmberechtigten zustimmen.

Die Delegierten der SP Stadt Bern beschliessen bei 1 Enthaltung die Ja-Parole zum Budget 2023 der Stadt Bern.

4. Fokus Versorgungssicherheit: Was wir auf politischer Ebene tun können

*Podiumsdiskussion mit **Regierungsrat Christoph Ammann**, Direktor WEU, **Grossrätin Kornelia Hässig**, **Gemeinderat Reto Nause**, Direktor Sicherheit Umwelt Energie sowie **Verwaltungsrat KWO und ewb**; Moderation: **Benno Frauchiger**.*

Einige wichtige Punkte

- Das BFE ist gemäss Kornelia Hässig bei seiner Prognose im Moment nicht sehr pessimistisch. Aber klüger ist es, jetzt schon zu sparen (Kampagne des Bundes «nicht verschwenden»), damit wir für den Fall der Fälle das Mögliche getan haben.
- Die Städte haben sich via Städteverband auf ein Bündel an Sparmassnahmen geeinigt, welches sie kontinuierlich umsetzen.

- Beim Gas hat ewb Speicherkapazitäten in Frankreich gekauft. Unklar ist, ob das in einer Mangellage funktioniert. Zweistoffanlagen können helfen, Engpässe zu überbrücken, sofern der Bund rechtzeitig die «Strommangellage» deklariert.
- Der Kanton hat einen Sonderstab eingerichtet und ein erstes Massnahmenpaket beschlossen. Der Kanton erwartet auch keine wirtschaftliche Krise wegen der gestiegenen Strompreise: Wer von den Grossverbrauchern (> 100 000 MWh) sich in den freien Markt verabschiedet hat, darf jetzt nicht über die Marktschwankungen klagen; denn er hat jahrelang von Billigpreisen profitiert. Er hätte ja auch Rückstellungen tätigen oder sich anders absichern können, wie das unternehmerisches Verhalten verlangt. Einige haben sich verkalkuliert, aber es sind von den 50 000 bernischen Unternehmen gemäss Christoph Ammann nur einige Dutzend, die noch keinen Liefervertrag haben. Es wird auch erwartet, dass sich der Strompreis wieder auf einem tieferen Niveau einpendeln wird.
- Reto Nause ergänzt dazu, dass man jahrelang einen Strompreis von 3–5 Rp. hatte bei Gestehungskosten von 7 Rp. Damals haben die Tarifkunden die freien Kunden subventioniert. Die Stadt Bern produziert mehr Strom als sie verbraucht. Andere Gemeindewerke beschaffen ihren Strom am freien Markt und haben jetzt natürlich Probleme.
- Der Kanton hat keine Rechtsgrundlage für Härtefallhilfen an die vom Strompreis gebeutelte Wirtschaft. Er kann sich via Wirtschaftsförderungsgesetz allenfalls an Bundeshilfen beteiligen.
- Ein Thema für die SP werden Gesundheitsinstitutionen sein: Die Spitäler etc. sind in einem Tarifsysteem gefangen, das nicht für solche Fälle eingerichtet ist.
- ewb hat ebenfalls keine Rechtsgrundlage für Härtefallhilfen. ewb muss die Energiewende umsetzen, das Unternehmen ist kein Sozialwerk. Es sollten beispielsweise 500 Mio. in Fernwärmenetze investiert werden. Ein Problem kann auch bei Bernmobil entstehen: Dort hat man in den freien Markt gewechselt. Lösungen müssen erst noch gefunden werden.
- Dass ewb (und auch BKW) in der Vergangenheit vor allem in ausländische Energieanlagen investiert haben, war nach Reto Nause richtig; denn es galt, den Erneuerbaren im europäischen Verbund Schub zu verleihen. Bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO) konnte man keine Investitionen rechtfertigen, als der Strompreis so tief lag. Wasserkraft war 10 Jahre lang ein Verlustgeschäft. Heute nützen die ausländischen Anlagen den BKW, weil sie sich nicht an der Strombörse versorgen müssen.
- Zentral für die Zukunft ist der Umbau zu Erneuerbar – das ist sogar wichtiger als Energiesparen.
- Die stark gestiegenen Strompreise machen heute hohe Rücklieferatarife an Energieproduzenten möglich: Der Ukrainekrieg fördert so indirekt die Investitionen in erneuerbare Energien. Die Schweiz hat bei den erneuerbaren Energien lange geschlafen und der Hauseigentümergeverband hat ja auch jeglichen Umstieg nach Kräften behindert (man erinnert sich an Energiegesetzvorlagen des Kantons).
- Christoph Ammann setzt auf den dringlichen Bundesbeschluss, wonach alle Neubauten mit > 300 m² Fläche künftig eine Solaranlage haben müssen. Das neue Energiegesetz des Kantons Bern geht aber noch weiter: De facto wird jeder Neubau eine Solaranlage brauchen. Entscheidend wird dabei sein, ob die benötigten Solarpanel und Wechselrichter verfügbar sein werden.

Es folgt eine angeregte Diskussion, u. a. auch über nicht zukunftstaugliche Komfortansprüche.

5. Verschiedenes

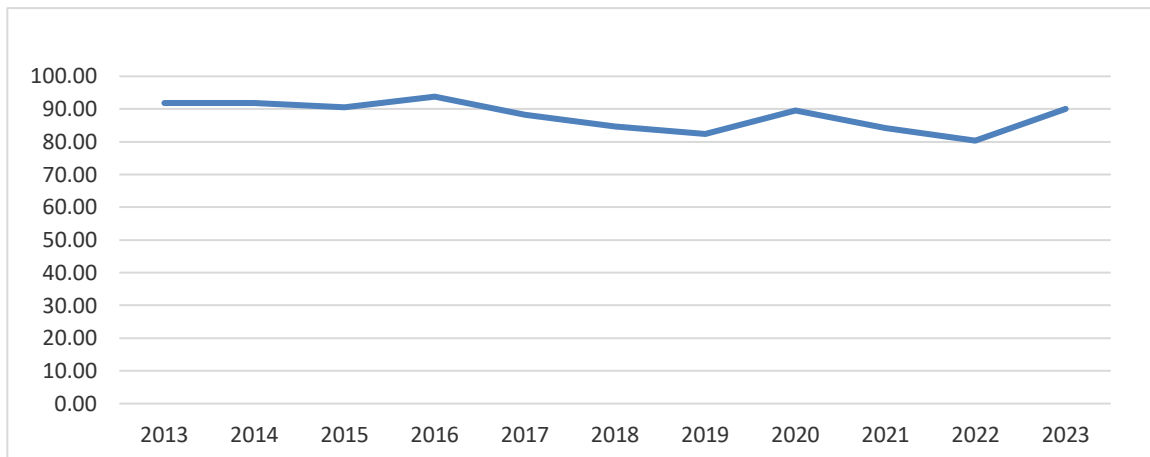
Co-Präsidentin Meret Schindler erinnert an die Unterschriftensammlung vom 5. November (Kita- und Klima-Fonds-Initiativen).

Stadträtin Barbara Nyffeler wirbt für die Anlässe der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung (4. und 11. November).

Co-Präsidentin Meret Schindler dankt den Anwesenden für die angeregten Diskussionen und schliesst die Delegiertenversammlung.

	2020 Rechnung	2021 Rechnung	Diff in %		2022 Budget		2023 Budget	Bu VJ Diff in %	Konto	Bemerkungen zum Budget 2023
Ertrag	306'048.60	153'045.62	- 49.99		151'500.00		167'000.00	9.28		
Finanzausgleich					0.00		0.00		2604	ein (kleines) Defizit ist möglich
Sektionsbeiträge	129'354.00	129'865.00	0.39		128'500.00		144'000.00	10.76	3000	plus 12%, 90 Fr. pro Mitgl. (ca. wie 2020)
Mandatsabgaben	21'947.50	22'343.00	1.77		23'000		23'000	0.00	3001	
Spenden	108.50	180.00	39.72		0		0	-	3007	
Ertrag Kampagnen	0.00	0.00	-					-	3008	
Verluste aus Forderungen	-850.00		-					-	3010	
Wahlen laufende Rechn.	79488.60		-					-	310X	
Übriger Ertrag	0.00	657.62	neu					-	3900	
Zinsertrag	0.00	0.00	-		0		0	-	3910	
Entn. Kampagnenfonds	0.00	0.00	-		0		0	-	3990	
Entnahme Wahlfonds	76'000.00		-					-	4050	
Aufwand	305'866.99	152'886.65	- 50.02		153'040.00		166'903.00	8.31		
Kampagnen	8'259.45	6'968.00	- 15.64		7'000		10'000	30.00	4000	
Wahlen	162'810.94		-					-	4009-16	
Veranstaltung öffentl.	0.00	3'301.00			1'500		1'500		4020	
Unterstützung extern	590.00	1'090.00			1'440		1'440	0.00	4030	
Städtekonferenz					1500		1'500		4031	
Werbung	0.00	0.00			1'000		1'000	0.00	4040	
Einlage Wahlfonds	0.00	36'000.00			31'000		32'000	3.13	4050	
Einl. Kampagnenfonds	0.00	0.00			0		0	-	4051	
Parteiversammlungen	2'898.25	1'679.80	- 42.04		3'600		3'600	0.00	4100	
regiolinks be / info	6'141.65	6'141.65	0.00		6'500		6'500	0.00	4110	
Anlässe	1'238.50	704.70	- 43.10		1'000		1'000	0.00	4120	
Unterstützung intern	4'000.00	3'500.00			3'500		3'500	0.00	4130	
Fonds pol. Rechte	300.00	300.00	0.00		300		300	0.00	4150	
Finanzausgleichfonds					0		0	-	4151	
Abschreibungen	0.00	0.00	-		0		0	-		
Sekr.-Pauschale	115509.00	89146.00	- 22.82		88'700		89'500	0.89	4700	inkl. 3% Teuerungsausgl. + 0.5% übl. Erhöh.
- Lohnkosten					75'343.00					
- Buchhaltung, Admin					7'071.35					
- Miete inkl. NK					4'714.25					
- Infrastruktur					1'571.40					
- Lohnkosten Wahlen					0.00		9'063.00			40% Okt - Dez 2023 (inkl. Teuerungsausgl.)
Administration	1'527.70	1'923.34	20.57		2'000		2'000	0.00	4702	
Kredit GL	2'422.90	1'654.76	- 31.70		3'500		3'500	0.00	4703	
Internet	168.60	477.40			500		500		4704	
Diverses	0.00	0.00						-	4705	
Steuern	0.00	0.00			0		0	-	4900	
Ao. Aufwand	0.00	0.00			0		0	-	4990	
Erfolg	181.61	158.97			-1'540.00		97.00			

	2023	Wahlen	Kampagnen	Information	Partei	Administration	Budget GL PL					
		1	2	3	4	5	6					
2 Kampagnen	10'000	0	10'000	0	0	0	0					
1 Wahlen	0	0	0	0	0	0	0					
2 Veranstaltung öffentl.	1'500	0	1'500	0	0	0	0					
6 Unterstützung extern	1'440	0	0	0	0	0	1'440					
3 Werbung	1'000	0	0	1'000	0	0	0					
1 Einlage Wahlfonds	32'000	32'000	0	0	0	0	0					
2 Einl. Kampagnenfonds	0	0	0	0	0	0	0					
4 Parteiversammlungen	3'600	0	0	0	3'600	0	0					
3 regiolinks be / Info	6'500	0	0	6'500	0	0	0					
4 Anlässe	1'000	0	0	0	1'000	0	0					
6 Unterstützung intern	3'500	0	0	0	0	0	3'500					
6 Fonds pol. Rechte	300	0	0	0	0	0	300					
6 Finanzausgleichfonds	0	0	0	0	0	0	0					
5 Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0					
5 Sekr.-Pauschale	89'500	0	0	0	0	89'500	0					
1 - Lohnkosten Wahlen	9'063	9'063	0	0	0	0	0					
5 Städtekonferenz	1'500	0	0	0	0	1'500	0					
5 Administration	2'000	0	0	0	0	2'000	0					
6 Kredit GL	3'500	0	0	0	0	0	3'500					
3 Internet	500	0	0	500	0	0	0					
5 Diverses	0	0	0	0	0	0	0					
5 Ao. Aufwand	0	0	0	0	0	0	0					
Aufwand	166'903	41'063	11'500	8'000	4'600	93'000	8'740					
Verwendungszwecke	2023											
Wahlen	41'063											
Kampagnen	11'500											
Information	8'000											
Partei	4'600											
Administration	93'000											
Budget GL PL	8'740											
Aufwand	166'903											
übrige Einnahmen			01.01.2022	Anzahl	Beitrag 2023	Beitrag 2022	Diff					
Mandatsabgaben	23'000		Altstadt-K	181	16'300	14'546	1'754					
Zinsertrag	0		Bümpliz-B	249	22'424	20'010	2'414					
Entnahme Wahlfonds	0		Holligen	97	8'735	7'795	940					
Spenden	0		Länggasse-F	239	21'523	19'207	2'316					
Ertrag Kampagnen	0		Nord	367	33'051	29'493	3'558					
Entrn. Kampagnenfonds	0		Ost	238	21'433	19'126	2'307					
Wahlen laufende Rechnung	0		Süd	226	20'353	18'162	2'191					
Übriger Ertrag	0		Einzel-Mitgl	2	180	161	19					
Ertrag 1	23'000											
Aufwand	166'903											
Ertrag 1	-23'000											
Gewinn- / Verlust-Vorschau	97				144'000	128'500	15'499		Beitrag pro Mitglied	kommuniziert		
Ertrag 2 (Sektionsbeiträge)	144'000			1'599					90.0562852	2023	90.05	
Anzahl Mitglieder 1.1.2022	1'599								-80.3627267	2022	-80.35	
Beitrag pro Mitglied	90.0562852								9.6935585	Differenz	9.70	= 12.06 %
Aufwand		166'903										
Ertrag 1	23000											
Ertrag 2 (Sektionsbeiträge)	144000	0										
Erfolg	167'000	166903										
	0											



Jahr	CHF pro Mitglied
2013	91.91
2014	91.91
2015	90.60
2016	93.80
2017	88.30
2018	84.75
2019	82.40
2020	89.50
2021	84.15
2022	80.35
2023	90.05

	2022 Budget	2023 Budget	2023 Plan	2024 Plan	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan	Konto	Bemerkungen
Ertrag	151'500	167'000	151'500	366'000	167'000	167'000	167'000		
Sektionsbeiträge	128'500	144'000	128'500	190'000	144'000	144'000	144'000	3000	144000 regulär + 46000 Vermögensabgabe
Mandatsabgaben	23'000	23'000	23'000	23'000	23'000	23'000	23'000	3001	
Spenden	0	0		10'000	0	0	0	3007	Wahlen 2020: 5423 Mailing + 4865 Basisk.
Ertrag Kampagnen	0	0			0	0	0	3008	
Wahlen laufende Rechn.				72000				3100	Wahlen 2020: Stadtratsfraktion: 30000
Übriger Ertrag	0	0						3900	Gemeinderatskandis: 20000
Zinsertrag	0	0	0	0	0	0	0	3910	Stadtratskandis: 19200
Entn. Kampagnenfonds	0	0	0	0	0	0	0	3990	GSB: 2500 Total: 71700
Entnahme Wahlfonds	0	0	0	71'000				4050	
Aufwand	151'540	166'903	151'540	365'940	166'840	166'840	166'840		
Kampagnen	7'000	10'000	7'500	9'000	9'000	9'000	9'000	4000	
Wahlen	0	0	0	172000				4015	Wahljahr 2020: 178000
Veranstaltung öffentl.	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500	4020	
Unterstützung extern	1'440	1'440	1'440	1'440	1'440	1'440	1'440	4030	
Städtekonferenz		1'500		1'500	1'500	1'500	1'500	neu	
Werbung	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	4040	
Einlage Wahlfonds	31'000	32'000	31'000		40'000	40'000	40'000	4050	
Einl. Kampagnenfonds	0	0	0	0	0	0	0	4051	
Parteiversammlungen	3'600	3'600	3'600	3'600	3'600	3'600	3'600	4100	
regiolinks be / Info	6'500	6'500	6'500	6'500	6'500	6'500	6'500	4110	
Anlässe	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	4120	
Unterstützung intern	3'500	3'500	3'500	5'000	3'500	3'500	3'500	4130	
Fonds pol. Rechte	300	300	300	300	300	300	300	4150	
Finanzausgleichfonds	0	0		0	0	0	0	4151	
Abschreibungen	0	0		0	0	0	0	4600	
Sekr.-Pauschale	88'700	89'500	88'700	120'300	92'000	92'000	92'000	4700	75% Jan - Dez 2024 (inkl. Teuerungsausgl.)
- Lohnkosten Wahlen	0	9'063		37'300					40% Jan - Dez 2024 (Wahljahr 2020: 40000)
Administration	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	4702	
Kredit GL	3'500	3'500	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000	4703	
Internet	500	500	500	500	500	500	500	4704	
Diverses	0	0						4705	
Steuern	0	0	0	0	0	0	0	4900	
Ao. Aufwand								4990	
Erfolg	-40	97	-40	60	160	160	160		
Vermögen 31.12.2020									
Gewinnvortrag	66'809.74								
Wahlfonds		8'178.00							
Kampagnenfonds	10'000.00								
Fonds pol. Rechte	12'957.20								
Liquidität / Rückstellungen (Ende des Jahres)									
	2022	2023		2024	2025	2026	2027		
Vermögen	66'769.74	66'866.74		66'926.74	67'086.74	67'246.74	67'406.74		
Diff zu 2021		97.00		157.00	317.00	477.00	637.00		
Wahlfonds	39'178.00	71'178.00		178.00	40'178.00	80'178.00	120'178.00		